

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #31 Mitte Dezember 2015



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Das zweite Jahr meiner Zeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag neigt sich dem Ende zu, und ich muss sagen, auch wenn ich mittlerweile gut über die Abläufe und Gepflogenheiten im Deutschen Bundestag im Bilde bin, von Arbeits-Routine kann bei so herausfordernden Aufgaben wie der Griechenlandhilfe und Flüchtlingsaufnahme oder dem Syrieneinsatz keine Rede sein. Selbst unser Fraktionsvorsitzender, Volker Kauder, schrieb in der letzten Sitzungswoche, es gebe wohl kaum jemanden, „der sich nicht der Aussage anschließen würde, dass 2015 eines der politisch aufreibendsten Jahre der jüngeren Vergangenheit gewesen ist.“ Besonders die Flüchtlingskrise bleibt für Deutschland eine innenpolitische Herausforderung. Von neuen Ideen, wie Schutzsuchende ohne Ausweispapiere schneller identifiziert werden könnten, lesen Sie in dieser Ausgabe im RUNDBLICK. Ein ganz anderes Thema, welches mich aber quasi schon von Anfang an hier im Deutschen Bundestag begleitet, ist die Reform des Insolvenzrechts. Durchaus spannender, als der trockene Titel vermuten lässt. Warum, erklären wir im NAHBLICK. Wie breit das Themenfeld in den vergangenen zwei Wochen gestreut war, zeigt der SEITENBLICK. Von einem Treffen mit Lebensmittelaktivisten aus dem Wahlkreis über eine Berliner Gesprächsrunde mit Europapolitikern bis hin zum Adventsliedersingen an der einzigen Leberbrotkrippe in Köln war alles dabei. Mit dem christlichen Motiv, welches Sie im AUGENBLICK sehen, verabschiedete ich mich in die Weihnachtspause.



Fröhliches Weihnachtsessen im Team Hirte

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich gesegnete Weihnachtstage und einen fröhlichen Rutsch ins Neue Jahr!

Herzliche Grüße
Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



Die Reform der Insolvenzanfechtung – besserer Schutz für Unternehmer und Arbeitnehmer



Unionsmitglieder aus dem Rechtsausschuss hören sich in einem der Sitzungssäle des Paul-Löbe-Hauses an, was Verbände von BDI bis DGB zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung anlässlich der Reform der Insolvenzanfechtung zu sagen haben

Die Reform des Insolvenzrechts gehört zu den wichtigen rechtspolitischen Zielen der großen Koalition und steht bei Heribert Hirte als zuständigem Berichterstatter im Rechtsausschuss ganz oben auf der Agenda. Ziel ist es, Unternehmen besser vor ungerechtfertigten Rückforderungen eines Insolvenzverwalters zu schützen. Zudem sollen sich die Arbeitnehmer eines insolventen Unternehmens darauf verlassen können, dass sie ausgezahlte Löhne im Regelfall behalten dürfen.

Noch liegt die Rechtslage anders: So kommt es nicht selten vor, dass ein Unternehmer in finanzielle Schwierigkeiten gerät, weil er Geld, das er einmal für einen Auftrag bekommen hat, plötzlich wieder zurückzahlen soll. Und das allein aus dem Grund, weil der Unternehmer dem Kunden zeitweise Zahlungsaufschub gewährt hatte und dieser später Insolvenz anmelden

musste. Vereinfacht gesagt, gilt, was die Frankfurter Allgemeine in einem [Artikel](#) zum Thema schrieb: „Wer merkt, dass ein Geschäftspartner Zahlungsprobleme hat, sollte den Kontakt möglichst schnell einstellen. Im Fall einer Insolvenz könnte es sonst teuer werden.“ Laut geltender Gesetzeslage des § 133 Insolvenzordnung ist es nämlich so, dass Insolvenzverwalter im Namen des insolventen Unternehmens Geld zurückfordern dürfen, wenn sie davon ausgehen können, dass der Geschäftspartner (z.B.: Kunden, Lieferanten oder auch Angestellte) Geld eingefordert hat, obwohl er oder sie hätte wissen können, wie schlecht es finanziell um das Unternehmen steht – und dass durch die Zahlung andere Gläubiger benachteiligt werden. Beispiele, die deutlich machen, welche Folgen solche unerwarteten Rückforderungen von erhaltenen Zahlungen gerade für mittelständische Betriebe haben können, lieferten die Medien in den vergangenen Monaten vermehrt. Auch Heribert Hirte wurde das Öfteren dazu interviewt.

Das Problem für die Wirtschaft hat die Politik zwar erkannt, der Weg zu einem fertigen Gesetz ist aber bekanntlich lang. Zu lang, wenn es nach dem Handelsblatt geht, das im Dezember 2014 mokierte: „Regeln zur Anfechtung von Insolvenzen sollen geändert werden - später einmal. Politisches Gerangel verzögert überfällige Neuerung. Die Wirtschaft fühlt sich zunehmend im Stich gelassen.“ Allerdings erkannte die Wirtschaftszeitung an: „CDU-Berichterstatler Heribert Hirte hatte für eine zeitnahe Umsetzung votiert und einen eigenen Reformvorschlag vorgelegt.“

Im Frühjahr diesen Jahres legte das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz schließlich seinen [Referentenentwurf](#) zur Reform der Insolvenzanfechtung vor. Wichtige Anliegen der Union wurden darin aufgenommen, jedoch in weiten Teilen zu kompliziert geregelt. Heribert Hirte hatte den Gesetzentwurf trotzdem zunächst in einer gemeinsamen [Presseerklärung](#) mit der rechtspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker begrüßt, weil dadurch insbesondere mittelständische Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer vor fragwürdigen Rückforderungen geschützt würden. Insbesondere begrüßte er, dass der Entwurf – entgegen früheren Planungen des Ministeriums – Fiskus und Sozialversicherungsträger in dem Prozess der Insolvenzanfechtung nicht bevorzugt.

Nachdem zu diesem Entwurf Verbände und interessierte Kreise angehört worden waren, legte die Regierung Ende September nun einen [Regierungsentwurf](#) vor, der nun als Grundlage der weiteren Diskussionen dient. Dieser ist zwar deutlich einfacher und klarer formuliert als der „Referentenentwurf“ und nähert sich damit den ursprünglichen [Vorschlägen von Heribert Hirte](#) an. Er enthält aber wieder die unerwünschte Privilegierung von Zahlungen an Fiskus und Sozialversicherungsträger im Rahmen einer Zwangsvollstreckung. Viele Verbände haben diesen Entwurf bereits eingehender beäugt und ihre Meinung dazu aufgeschrieben und wurden allesamt zu einer Gesprächsrunde in den Deutschen Bundestag eingeladen (übrigens inklusive dem Deutschen Gewerkschaftsbund). Im Rahmen einer sehr fruchtbaren und auch kontroversen Diskussion konnten sich so Heribert Hirte zusammen mit fünf anderen Abgeordneten der Unionsfraktion ein erstes Meinungsbild „der Praxis“ schaffen.

Sämtliche Stellungnahmen der Verbände sind übrigens auf der Homepage von Heribert Hirte unter der Überschrift [„Gesetzesvorhaben“](#) nachzulesen. Wirklich interessant dürfte es ab Januar wieder werden, wenn der Gesetzentwurf in die erste Lesung im Plenum geht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird dann auch Heribert Hirte wieder vorne am Rednerpult zu hören und zu sehen sein.



Freude über Ausbaustopp des Godorfer Hafens

„Köln darf nicht durch Investitionsruinen genauso in die Schlagzeilen geraten wie Stuttgart, Berlin oder Hamburg“, sagte Heribert Hirte bereits im Wahlkampf 2013. Auch später als Bundestagsabgeordneter warnte er vehement vor dem Ausbau des Godorfer Hafens, den er ökonomisch und ökologisch für unsinnig hält. „Bei knappen Finanzressourcen sind Prioritäten zu bilden. Das ist oft schmerzlich, aber unausweichlich, wenn man etwas erreichen will und auf die Dauer noch finanziell leistungsfähig bleiben will“, hat er in diesem Zusammenhang gesagt. Natürlich freut er sich nun über die Entscheidung von CDU und Grünen im Kölner Rat, die Pläne des Hafenausbaus endgültig aufzugeben. Der gemeinsame Kampf gegen den Hafenausbau macht ja durchaus auch deutlich, dass es zwischen Schwarz und Grün eine erhebliche Schnittmenge gibt, in der ökologische und ökonomische Interessen zusammen finden können. Gute Aussichten also - nicht nur für Köln ...

Berliner Runde - 2. Europagespräch



Herr Minister Rainer Robra (Sachsen Anhalt), MdL, Prof. Heribert Hirte, MdB, Herr Herbert Reul, MdEP, Frau Ministerin Lucia Puttrich (Hessen), MdL, Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Dr. Markus Pieper, MdEP, Thomas Dörflinger, MdB, Herr Staatsminister Dr. Fritz Jäckel (V.I.n.r.)

Die EU ist in schweres Fahrwasser geraten: Flüchtlingskrise, IS-Terror und die Schuldenpolitik einiger EU-Länder verlangen nach gemeinsamen Antworten. Europa schaut dabei mehr auf Deutschland als je zuvor. Eine gelungene Koordinierung zwischen Landesregierungen, Bundestag und Europaparlament ist da natürlich ungemein wichtig. Die „Berliner Runde“ der Europapolitiker der Union stellt sich dieser Herausforderung und Heribert Hirte war dieses Mal ebenfalls Teilnehmer der konstruktiven Gespräche.

Adventsandacht an der Lebendtierkrippe im Lindenthaler Tierpark



15 Jahre feierte der [Förderverein Lindenthaler Tierpark e.V.](#) am Nikolaustag mit einer ökumenischen Adventsandacht an der einzigen Kölner Krippe mit echten Tieren. Heribert Hirte war dabei und gratulierte, wie man das in modernen Zeiten eben so tut, natürlich auch via [Facebook](#). Dort finden Sie auch weitere Bilder.

Fachgespräch über Antisemitismus und Islamismus in deutscher Einwanderungskultur



Es wird nicht das letzte Zusammentreffen dieser Runde gewesen sein: (v.l.n.r.) Ibrahim Emre (Alevitische Gemeinde Deutschland), Heribert Hirte, Gastgeber des Fachgesprächs Klaus Farber (Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.), Maya Zehden (Deutsch-Israelische Gesellschaft), Dr. Fritz Felgentreu MdB (SPD Berlin-Neukölln), Harald Eckert (Initiative 27. Januar)

Angesichts der gestiegenen Einwanderungszahl wird derzeit im politischen Berlin viel darüber gesprochen, wie Integration langfristig gelingen kann. Unionspolitiker weisen dabei immer wieder darauf hin, dass die Einwanderer unsere Grundwerte und Menschenrechte schätzen lernen, wie beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder religiöse Toleranz. Wobei Toleranz gegenüber Andersgläubigen auch den Schutz der zu uns kommenden Aleviten und Kurden verlangt. Sie werden unter anderem von türkischen und arabischen Extremisten diskriminiert, die auch in Deutschland tätig sind.

Im Gespräch mit Vertretern der Alevitischen und Kurdischen Gemeinde Deutschland sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft waren sich alle Beteiligten einig, dass bereits in den Schulen bessere Aufklärungsarbeit über den Islam und andere Religionen geleistet werden müsse. Obwohl Bildung Ländersache sei, müsse sich hier auch der Bund in der Verantwortung sehen. Ein Vorschlag von Heribert Hirte war dabei, generell, aber insbesondere für

Zuwanderer einen verpflichtenden Religionskundeunterricht, ähnlich dem bisherigen Schulfach Ethik bzw. LER (Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde), einzuführen. Hier könnte der Bund Pilotprojekte fördern und entsprechende Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen.

Alles für die Tonne?



Eine Weihnachtsgirlande mit über 2000 Unterschriften – mehr ein Denkanstoß, als ein Andenken

Kurz vor Ende der Sitzungswoche hat sich Heribert Hirte noch Zeit für Aktivisten aus dem Lebensmittelbereich genommen. Vertreter der [Aktion „Leere Tonne“](#) haben im Deutschen Bundestag für ein Gesetz geworben, das Supermärkten das massenhafte Wegwerfen von Lebensmitteln verbieten könnte. In Frankreich gibt es seit Kurzem ein entsprechendes Gesetz. Danach dürfen Supermärkte essbare Lebensmittel nicht mehr ohne Weiteres wegwerfen. Vorgeschrieben sind Preisnachlässe für Unverkauftes, kostenlose Abgaben an gemeinnützige Organisationen oder zur Tierfütterung. Nach Meinung des Vereins landet in Deutschland noch immer fast die Hälfte aller Lebensmittel im Mülleimer, viele Produkte sogar, bevor sie den Endverbraucher überhaupt erreichen. Heribert Hirte teilt das Anliegen des Vereins, gab aber zu bedenken, dass man mit gesetzgeberischen Schritten vorsichtig sein müsse.

Einladung zum Jugendmedienworkshop in Berlin

Vom 24. bis 30. April 2016 wird wieder der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag stattfinden. 30 Jugendliche mit Interesse an Journalismus, Medien und Politik werden die Chance bekommen, den politischen Alltag und den Medienbetrieb in der Hauptstadt kennenzulernen. Unter dem diesjährigen Motto „Eine andere Heimat“ sollen die Herausforderungen näher betrachtet und medial bearbeitet werden, die sich aus dem aktuell hohen Flüchtlingsaufkommen ergeben – sowohl für die Ankommenden als auch für die hiesige Gesellschaft.

Bewerben können sich die Jugendlichen noch bis zum 28. Februar 2016 unter der Internetadresse: www.jugendpresse.de/bundestag. Nach Eingang der Bewerbungsbeiträge wird eine Jury die Teilnehmenden auswählen.



Kamera läuft: Heribert Hirte steht der Journalistin der Deutschen Welle Rede und Antwort zum Asylgesetz. Der passende Beitrag zu diesem Interview ist noch nicht erschienen. Wir halten Sie auf dem Laufenden

Das Onlineportal Domradio vermeldete die „frohe Botschaft“ vom neuen Newsletter des Stephanuskreises. Auf dem Bundesparteitag der CDU hat die „Stephanuspost“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits Premiere gefeiert. Alle drei Monate wird darin künftig über die Arbeit des überkonfessionellen Forums berichtet. Immerhin 87 Unionsabgeordnete haben sich mittlerweile im Stephanuskreis zusammengeschlossen, um für Religionsfreiheit und gegen die Verfolgung von Christen zu kämpfen. Aber lesen Sie den Bericht auf [Domradio.de](#) am besten einfach selbst. Aktuelles über den Stephanuskreis lesen Sie [hier](#).

In der Huffington Post hat Heribert Hirte diese Woche in einem [Gastbeitrag](#) erneut betont, wie wichtig das Menschenrecht der Religions- und Glaubensfreiheit für das friedliche Zusammenleben selbst hier in Deutschland ist. Damit antwortete er auf die Frage der Journalisten, wie es Deutschland eigentlich wirklich gehe. Mit dieser Frage hatte die Online-Zeitung einen allgemeinen Aufruf gestartet, die Situation von Menschen sichtbar zu machen, denen sonst nicht die volle Aufmerksamkeit gilt.

„**Titel, Thesen, Tacheles**“ schreibt der Berliner Tagesspiegel über seine eigens organisierte Konferenz „Agenda 2016“ im November. „Experten aus Politik und Wissenschaft bewerten die wichtigsten Forderungen von Verbänden und Vereinen für das kommende Jahr“ schrieb die Tageszeitung. Heribert Hirte saß zusammen mit Volker Wissing (FDP) und Dennis Snower, dem Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft auf dem Podium. Ihr Thema: Das geplante transatlantische Wirtschaftsabkommen TTIP. Wie die Tageszeitung schreibt, „erwartungsgemäß das Thema mit der schärfsten Kontroverse“. Heribert Hirte erklärte, warum er auf eine schnellere Verständigung zwischen EU und USA im kommenden Jahr hoffe.

Handydaten könnten die Identität von Flüchtlingen schneller aufklären. Soviel ist schon einmal sicher, und erlaubt ist diese Durchsichtung von „Datenträgern für telekommunikative Zwecke“ auch schon seit August diesen Jahres per Gesetz (§ 48 AufenthG). Allein an der praktischen Umsetzung dieser Idee hapere es, stellte Heribert Hirte diese Woche zusammen mit seinem CSU-Kollegen, Alexander Hoffmann, fest. Ein Bericht aus dem Berliner Kurier lesen Sie [hier](#).



Prof. Dr. Heribert Hirte | Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit dieser Federzeichnung des Kölner Künstlers Johann Steinhilber wünscht Ihnen das gesamte Team Hirte gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Die Kirche St. Maria Magdalena liegt gegenüber von Heribert Hirtes Bürgerbüro in der Aachener Straße. Im Jahr 1245 vom Kölner Erzbischof Konrad v. Hochstaden geweiht, ist die kaum bekannte Kapelle älter als der Kölner Dom. Der Verein zur Förderung der Kirche St. Maria Magdalena e.V. kümmert sich um den Erhalt des Kirchenbaus freut sich sicherlich auch über Ihre finanzielle Unterstützung, die als Spende steuerlich begünstigt ist.

Spendenkonto:
Sparkasse KölnBonn
IBAN:
DE 6937 0501 9819 3209 7262

Mehr Infos bekommen Sie telefonisch über Johannes Schmitz (Mobil: 0176 845 14 342).



„Sonst habe ich samstags und sonntags gewaschen, gebügelt und geputzt.“

Henriette Reker auf die Frage der Kölnischen Rundschau, wo neben ihrem neuen Amt als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln Zeit für Ehe und Alltag bleibe. Fortan wollten sie und ihr Mann an den Wochenenden einen halben Tag für sich frei halten, verriet Reker dann noch. Übrigens ein Vorhaben, das auch Heribert Hirte in den vergangenen zwei Jahren, zwischen Berlin und Köln pendelnd, stets verfolgt hat.

(Zitat-Quelle: Kölnische Rundschau vom 15.12.2015, Seite 28)

WEITBLICK
Die Termine



Bevor das Jahr 2016 mit seinen insgesamt 20 Berliner Sitzungswochen am 11. Januar Fahrt aufnimmt, freut sich Heribert Hirte auf ein paar entschleunigte Tage mit der Familie in Köln.

In seiner Funktion als Vorsitzender des Stephanuskreises ist der **26. Dezember 2015** aber noch einmal ein Termin mit hohem Symbolcharakter: Am **Stephanus-Tag** gedenkt die Katholische Kirche der Christen, die unter religiöser Verfolgung und Unterdrückung leiden müssen. Immer wieder haben die Kirchenoberhäupter aus Syrien und dem Irak in diesem Jahr dafür geworben, dass man für sie beten möge. Eine Bitte, die Heribert Hirte am zweiten Weihnachtsfeiertag mit besonders freundlichem Nachdruck an alle Gläubigen weiterleitet.

Weitere Termine im Kurzüberblick:

20. Dezember 2015

„**Willkommen in Sürth!**“

Willkommensfest der Bürgervereinigung Rodenkirchen e.V.

8. Januar 2016

Traditionelle Karnevalssitzung der CDU Köln

10. Januar 2016

Neujahrsempfang des Bezirksbürgermeisters Rodenkirchen

11. Januar 2016

Radio-Diskussion auf RBB Info zum Thema: „Ein Jahr auf Bewährung - Schafft die EU 2016 den Ausweg aus der Krise?“

14. Januar 2016

Erste Lesung im Deutschen Bundestag zum Insolvenzanfechtungsrecht

Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de

[Impressum](#) - [Datenschutz](#)